

STUTTGARTER ZEITUNG

Mittwoch, 2. Oktober 2019

TITELSEITE

Unfairer Wettbewerb bei Batterieforschung

Technologie Der Standort Ulm wurde offenbar ausgebremst.
Nahm das Forschungsministerium Einfluss? *Von Norbert Walleit*

Bei der Standortsuche für die vom Bund mit 500 Millionen Euro geförderten Batterie-Forschungsfabrik gab es offenbar keinen fairen Wettbewerb. Recherchen unserer Zeitung legen nahe, dass das Bundesforschungsministerium dem Standort Münster erhebliche Wettbewerbsvorteile verschafft hat. Die von Experten eindeutig favorisierte Bewerbung des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Ulm (ZWS) hatte nie eine faire Chance. Die Ministerin Anja Karliczek (CDU) hatte auf Kritik an der Standortwahl mit der Offenlegung der Ministeriumsakten reagiert.

Sie belegen, dass das Bundesforschungsministerium einer Beamtin des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums bereits am 14. September 2018 per Mail wichtige Details des Flächenbedarfs für den Produktionsstandort übermittelte. Damit hatte Münster mehr Zeit, um seine Bewerbung genau auf die Anforderungen abzustimmen. Die anderen Teilnehmer erhielten entsprechende Informationen erst mit der offiziellen Verschickung der Wettbewerbsunterlagen im März 2019. Das bestätigte das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg unserer Zeitung. Nordrhein-Westfalen hatte also in diesem Punkt ein halbes Jahr Zeitvorsprung. Auch in einem weiteren Punkt erhielt die Bewerbung aus Nordrhein-Westfalen einen strategischen Vorsprung. Aus den Unterlagen geht hervor, dass das Bundesforschungsministerium dem nord-

rhein-westfälischen Wissenschaftsministerium bereits am 19. Februar eine Liste der Mitglieder der Gründungskommission zusandte. Margret Wohlfahrt-Mehrens, Leiterin des Ulmer ZWS, betont: „Wir erhielten am 19. März die Wettbewerbsunterlagen. Darin befand sich keine Liste von Kommissionsmitgliedern.“ Ein weiterer potenzieller Vorteil für Münster, das damit die Möglichkeit bekam, frühzeitig auf die Mitglieder zuzugehen.

Das Forschungsministerium widerspricht dem Vorwurf, es habe Münster einen Vorteil verschaffen wollen. Die Vorwürfe seien „nicht zutreffend und nicht belegt“, sagte ein Sprecher. In beiden Fällen habe „NRW als einziges Land gefragt“.

Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) zeigte sich dagegen irritiert über die Vorwürfe: „Wenn das stimmt, kann man nicht von einem fairen und transparenten Auswahlverfahren sprechen. Wer Batterieforschung und -produktion in Deutschland wirklich voranbringen will, kommt an Baden-Württemberg nicht vorbei.“ Der Bund müsse in Ulm investieren.

Der Ulmer FDP-Parlamentarier Alexander Kulitz spricht von „einer zielgerichteten Strategie zugunsten des NRW-Standorts“. Es handele sich um eine „unfaire Vorgehensweise mit gesteuerten oder vorenthaltenen Informationen“. Dies widerspreche rechtsstaatlichen Standards. Eine Korrektur sei „überfällig“.

- Stand der Sieger bereits fest? SEITE 3